Ingo Pies / Guido Schröder

Klimapolitik

Sind die Weichen richtig gestellt?

Die Konzepte, mit denen die Bundesregierung gegenwärtig – beispielsweise auf der letzten UN-Klimakonferenz in Den Haag – antritt, sind wenig geeignet, den globalen Klimaschutz wirksam voranzubringen. Deutschland steht auf der Bremse, statt „Gas zu geben“. Auch die Richtung stimmt nicht. Eine erfolgreiche Klimapolitik muss besser durchdacht sein, wenn sie das angestrebte Maß an Klimaschutz möglichst kostengünstig erreichen will. Sie muss stärker auf marktliche Anreize setzen. Nur so lässt sich das Kioto-Protokoll letztlich ratifizierbar machen und dann auch auf jene Staaten ausdehnen, die derzeit eigene Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen aus Kostengründen scheuen.

Die wichtigste Forderung, mit der die Bundesregierung in die Verhandlungen von Den Haag ging, besteht in einer Obergrenze von 50% für die Inanspruchnahme der sog. Flexiblen Mechanismen, mit denen auch Klimaschutzmaßnahmen im Ausland auf eine inländische Verpflichtung zur Reduktion von Treibhausgasen angerechnet werden können. Demnach müsste mindestens die Hälfte der jeweiligen Reduktionsverpflichtung im eigenen Land geleistet werden. Übersehen wird bei dieser Forderung, dass mit einer *vollständigen* Einbeziehung der Flexiblen Mechanismen in die nationale Klimaschutzpolitik keine Einbuße beim Zielerreichungsgrad verbunden wäre, weil die gesamte Reduktionsverpflichtung der Staatengemeinschaft hierdurch nicht berührt wird. Es geht nicht um die Frage, *ob*, sondern lediglich um die Frage, *wo* die eingegangene Verpflichtung erfüllt wird.

Zudem wäre es kein Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen, sondern ganz im Gegenteil eine offene Brüskierung der Transformationsländer und insbesondere Russlands, wollte man ernsthaft daran festhalten, ihr Eigentum an derzeit nicht genutzten Emissionslizenzen in Frage zu stellen. Dies käme einer konfiskatorischen Enteignung dieser Staaten gleich.

Schließlich würde durch eine willkürliche Obergrenze der Klimaschutz unnötig verteuert, was die öffentliche Zustimmung zu einer effektiven Klimaschutzpolitik nachhaltig schwächen dürfte. Mit ihrer gegenwärtigen Position läuft die Bundesregierung mithin Gefahr, ihr eigentliches Ziel zu verfehlen und wider Willen eine Ratifizierung und Umsetzung des Kioto-Protokolls gänzlich zu verhindern. Dass diese Furcht nicht ganz unberechtigt ist, zeigt das Scheitern der Konferenz von Den Haag, wo es trotz intensiver Bemühungen nicht gelang, die konzeptionellen Schwächen der deutschen Position aus dem Weg zu räumen.

Während die Bundesregierung skeptisch ist, ob private Organisationen wie z.B. Unternehmen zum Emissionshandel im Rahmen des Kioto-Protokolls zugelassen werden sollen, ist aus wissenschaftlicher Sicht klar, dass private Akteure unverzichtbar sind, wenn es darum geht, ein gegebenes Klimaschutzziel, zu dem sich die Staatengemeinschaft verpflichtet hat, mit möglichst geringen Kosten zu erreichen. Private Organisationen sind besser als

staatliche Bürokratien in der Lage, ihre Marktkenntnisse zu nutzen und weiterzugeben. Hieraus lässt sich die eindeutige Forderung ableiten, nicht nur Unternehmen, sondern auch Umweltorganisationen (als potenzielle Käufer von Emissions-Lizenzen) und insbesondere Broker sowie privatrechtlich organisierte Tauschbörsen zum Emissionshandel zuzulassen.

Hinsichtlich der nationalen Klimapolitik ist die Aktualisierung der Freiwilligen Selbstbeschränkung von Seiten der Deutschen Wirtschaft zu begrüßen, weil diese nun einen längeren Zeithorizont aufweist und nicht mehr nur CO_2, sondern alle relevanten Treibhausgase abdeckt. Kritisch zu sehen ist allerdings, dass neuerdings versucht wird, den Klimaschutz in Deutschland mittels sektorspezifischer Quoten voranzutreiben, was gleichermaßen zu Ungerechtigkeiten und Ineffizienzen führt. Bedenklich stimmen muss ebenfalls, dass die derzeitige Form der Öko-Steuer gerade unter dem Aspekt des Klimaschutzes stark korrekturbedürftig ist. Erstens berücksichtigt sie nicht alle Treibhausgase. Zweitens belastet sie nicht einmal alle Energieträger gleichermaßen nach ihrem CO_2-Gehalt. Folglich gehen von ihr beträchtliche Verzerrungen aus. Drittens schließlich ist es vergleichsweise schwierig, nationale Steuern und Abgaben mit dem Kioto-Regime handelbarer Zertifikate kompatibel zu machen. Genau darauf kommt es letztlich aber an: Nach dem Scheitern von Den Haag wird in zukünftigen Konferenzen darüber zu verhandeln sein, die institutionellen Weichen der Klimapolitik richtig zu stellen, um nationale Maßnahmen international so zu koordinieren, dass sich ein effektiver, letztlich globaler Klimaschutz mit den weltweit niedrigsten Kosten erreichen lässt.